

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

# DhZ – Die Große Koalition im Ordnungspolitischen Stresstest

---

**Dienstag, 25.04.2017 um 18:00 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Ordnungspolitik als Richtschnur politischen Handelns

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem heutigen Deutschland hat Zukunft Kongress „Die Große Koalition im ordnungspolitischen Stresstest“.

Vor zwei Jahren haben wir eine Veranstaltung unter dem Motto „500 Tage Große Koalition – Eine Bilanz“ durchgeführt.

Der heutige Kongress ist eine Art Fortsetzung des damaligen Termins.

Damals wie heute geht es darum, die Arbeit der amtierenden Bundesregierung aus Union und SPD aus ordnungspolitischer Perspektive zu beurteilen.

Und damals wie heute hat das IW Köln für die vbw einen entsprechenden „Ordnungspolitischen Bericht“ erstellt.

Der neue Ordnungspolitische Bericht, den wir heute vorstellen und diskutieren, analysiert schwerpunktmäßig einzelne Maßnahmen und Vorhaben der Großen Koalition aus der zweiten Hälfte der Legislaturperiode.

Ebenfalls enthalten sind zudem die zentralen Ergebnisse aus der entsprechenden Ausarbeitung von vor zwei Jahren über die ersten 500 Tage der Amtszeit der Bundesregierung.

Warum beschäftigt sich die vbw mit Ordnungspolitik?

Meine Damen und Herren,

wir befassen uns aus einem einfachen Grund so intensiv mit Ordnungspolitik:

Ordnungspolitik ist die Grundlage unseres Wirtschaftsmodells der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft hat uns in Deutschland und Bayern

- Wohlstand,
- stabile Lebensverhältnisse und
- ein hohes Maß an sozialer Sicherheit

gebracht.

Wenn die Grundsätze der Ordnungspolitik immer mehr missachtet werden, dann gefährdet das die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft.

Je weiter wir uns von der Ordnungspolitik und der Sozialen Marktwirtschaft entfernen, desto stärker setzen wir die positive wirtschaftliche Entwicklung

in unserem Land aufs Spiel und desto mehr riskieren wir unsere Zukunftsfähigkeit.

Das gilt es zu verhindern!

Hier wollen wir gegensteuern.

Deutungshoheit über den Begriff

Beispielsweise, indem wir darüber aufklären, was der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wirklich bedeutet.

Da gibt es leider einen großen Wirrwarr.

Inzwischen wird jede sozialpolitisch motivierte Umverteilung – ganz gleich ob die Rückabwicklung der Agenda 2010 oder die Forderung nach höheren Renten – mit der Stärkung der Soziale Marktwirtschaft begründet.

Das ist absurd. Wir müssen stattdessen klarmachen:

Die Soziale Marktwirtschaft steht in der Tradition der Ordnungspolitik, beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Ordnungspolitik lässt sich über zwei zentrale Aspekte definieren:

Erstens: Der Staat schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass sich auf den Märkten ein fairer und freier Wettbewerb einstellen kann.

Der funktionierende Wettbewerb erzeugt Anreize für Innovationen und stellt sicher, dass sich die individuellen Anstrengungen der Marktteilnehmer lohnen.

Er ist damit die Voraussetzung für jegliche wirtschaftliche Dynamik.

Damit der Wettbewerb funktionieren kann, müssen aber mehrere Bedingungen verlässlich und dauerhaft erfüllt sein.

Ganz wesentlich ist, dass Preise durch die Politik nicht künstlich verändert werden, sondern ihre Signal und Informationsfunktion behalten. Nur so kann das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage effizient funktionieren.

Außerdem muss beispielsweise sichergestellt sein, dass das Privateigentum geschützt ist, die Vertragsfreiheit gewahrt wird und der Einzelne für sein Handeln haftet.

Die Ordnungspolitik setzt deswegen auf einen starken Staat, der diese Rahmenbedingungen schafft und sie durchsetzt.

Zweitens: Direkte Eingriffe in das Marktgeschehen werden auf ein notwendiges Minimum beschränkt und erfolgen nur bei einem Marktversagen.

Interventionen sind also nur dann gerechtfertigt, wenn der Markt sich selbst aushebelt und von alleine nicht mehr funktioniert.

Ein ganz wichtiges Beispiel ist der Märkten innewohnende Trend zur Machtkonzentration und Monopolisierung, der aber wiederum den Wettbewerb gefährdet.

Deswegen ist die Monopolkontrolle von zentraler Bedeutung in der Ordnungspolitik.

Zusammengefasst bedeutet das: Eine ordnungspolitische Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie den rechtlichen und institutionellen Rahmen für den Wettbewerb stärkt, statt kleinteilig und regulierend in die Märkte einzugreifen.

Unsere Ordnungspolitischen Berichte zeigen, dass die Bundesregierung eine komplett andere Auffassung von Politik hat.

OPO-Bericht 2015

Vor zwei Jahren haben wir in unserem damaligen Bericht ein ernüchterndes Fazit zur Arbeit der Großen Koalition in den ersten 500 Tagen ihrer Amtszeit gezogen:

Bei 15 untersuchten politischen Maßnahmen wurde in zehn Fällen ein ordnungspolitischer Verstoß festgestellt.

Am häufigsten hat die Bundesregierung zu Beginn ihrer Amtszeit gegen das Prinzip „funktionierendes Preissystem“ verstoßen.

Aktueller OPO-Bericht 2017

Wie der neue Bericht zeigt, fällt die ordnungspolitische Bilanz in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode keineswegs besser aus.

Ordnungspolitik spielt als Maßstab für das Regierungshandeln weiterhin so gut wie keine Rolle.

Auch in den vergangenen zwei Jahren hat die Große Koalition in vielen Fällen gegen grundlegende ordnungspolitische Prinzipien verstoßen – bei zehn analysierten Maßnahmen kommt es zu sieben ordnungspolitischen Verstößen.

Besonders bedenklich ist, dass diesmal Verstöße gegen das ordnungspolitische Prinzip „Schutz des Privateigentums“ am häufigsten vorkommen.

Der Schutz des Privateigentums sorgt für wirtschaftliche Dynamik, denn so wird sichergestellt, dass man die Früchte seiner Anstrengungen auch erntet.

Achten wir diesen Grundsatz nicht mehr, vermindert das die Anreize für unternehmerisches Handeln.

#### Gesamtfazit OP-Bilanz der Großen Koalition

Wären wir in der Schule, müsste man sagen:

Der blaue Brief zum Halbjahreszeugnis hat leider keine Wirkung gezeigt.

Unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten hat die Große Koalition das Klassenziel verfehlt.



Vor allem das Bundesarbeitsministerium unter der Leitung von Ministerin Andrea Nahles hat in dieser Legislaturperiode auffallend wenig Gespür für Ordnungspolitik gezeigt; die mit Abstand meisten ordnungspolitischen Verstöße kommen von dort. Beispiele sind der Mindestlohn, die Rente mit 63, das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit oder die aktuellen Rentenpläne.

Aber auch in fast alle anderen wird Politik gegen die ordnungspolitischen Prinzipien gemacht. Beispiele sind die Pflegestärkungsgesetze, die Frauenquote, die Pläne für ein Familiengeld sowie der Klimaschutzplan 2050.

Die Analyse zeigt zudem, dass viele Vorhaben der Großen Koalition die Ziele, die damit verfolgt werden sollen, nicht erreichen werden.

Herr Prof. Hüther wird den Ordnungspolitischen Bericht 2017 im Anschluss vorstellen.

#### Schluss

Meine Damen und Herren,

eines ist mir wichtig: Der Bericht darf nicht als Abrechnung mit der Politik der Großen Koalition verstanden werden.

Und geht es um was anderes.

Erstens:

Einige der im Ordnungspolitischen Bericht skizzierten Maßnahmen befinden sich noch im Diskussionsstadium und werden sowohl im Wahlkampf als auch in der kommenden Legislaturperiode eine Rolle spielen.

Ich hoffe, dass unser Bericht mit dazu beiträgt, die ordnungspolitischen Schwächen vieler dieser Vorschläge offenzulegen und bei den Beteiligten ein Prozess des Umdenkens beginnt.

Zweitens:

Der Bundestagwahlkampf hat begonnen.

Wahlkampfzeiten sind traditionell schlechte Zeiten für die Ordnungspolitik.

Die Versuchung der Parteien, durch kurzfristige Wahlgeschenke Wählerstimmen zu gewinnen, ist groß.

Angesichts des Erfolgs der populistischen Parteien ist diese Versuchung in diesem Jahr vielleicht sogar besonders groß.

Diese punktuellen Eingriffe führen aber dazu, dass wir uns von der Idee der Sozialen Marktwirtschaft immer weiter entfernen.

Wir müssen uns auch im Wahlkampf wieder auf die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft besinnen.

Unsere Botschaft an die politisch Verantwortlichen lautet:

Wir brauchen wieder mehr Ordnungspolitik!

In diesem Sinn wünsche ich uns nun einen interessanten Abend und eine anregende Diskussion.